Gerhard Schüßler

(A) ten, einen sorgfältigeren Umgang miteinander. Das wünsche ich auch all denjenigen, die ihre freien Volksvertreter wählen. Diesen Wunsch möchte ich zum Schluss an das neue Parlament richten, dessen Arbeit ich mit Interesse verfolgen werde.

Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Herr Kollege Schüßler, ich möchte Ihnen im Namen des ganzen Hauses für die vielen Jahre erfolgreicher und kollegialer Zusammenarbeit danken. Wir wünschen Ihnen für die kommenden Jahre alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall)

Die Rede des Kollegen Dr. Uwe-Jens Rössel soll zu Protokoll[1)] genommen werden. – Sie sind damit einverstanden.

Dann rufe ich als letzten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt den Kollegen Lothar Binding von der SPD-Fraktion auf.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD) (von Abgeordneten der SPD mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine alte Regel besagt: Wer fragt, führt. Insofern beinhaltet das Fragestellen immer eine große Chance. Die FDP aber hat diese Chance bei ihrer Großen Anfrage vertan.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die 57 Fragen in der Großen Anfrage zu den zukünftigen Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat werden der Bedeutung dieses Themas nicht gerecht. Barbara Hendricks hat sehr ausführlich zum **Subsidiaritätsprinzip** als Grundsatz für staatliches Handeln Stellung genommen. Ich glaube, dass dies den richtigen Weg zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Die EU-Kommission definiert Leistungen der Daseinsvorsorge als marktbezogene oder nicht marktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Behörden mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden.

Wenn man alle Fragen, die die FDP gestellt hat, durchgeht, merkt man, dass sie ausschließlich von der Sorge geprägt sind, dass die private Wirtschaft genau dann Schaden nehmen könnte, wenn sich der Staat engagiert. Ich glaube, dass uns genau dies in eine Sackgasse führt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Angelika Köster-Loßack [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wenn wir nur diese Sorge pflegen, werden wir der Bedeutung des Spannungsverhältnisses zwischen Staat und Markt nicht gerecht.

Ich glaube, dass wir dies an einer einfachen Fragestellung sehr deutlich zeigen können. Sie haben sich in Ihren Fragen um Wasserversorgung, Telekommunikation, Energie, Abfall, Verkehr, Transportwesen, Steuerpolitik und auch um das Kreditwesen gekümmert. Man muss sich aber einmal fragen, ob nicht **Gemeinwohlverpflichtungen** auch dort bestehen müssen, wo man sich um die Arbeit selbst kümmert. Die private Wirtschaft hätte die Aufgabe, sich um Arbeit für alle zu kümmern. (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Angelika Köster-Loßack [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau an dieser essenziellen Stelle versagt die private Wirtschaft und erwartet anschließend vom Staat, dass er diese Lücken schließt.

Ich glaube, dass wir in diesem **Teufelskreis** nach Lösungen suchen müssen, die Sie mit Ihren Fragen hätten erschließen müssen.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Das ist aber eine komische Philosophie!)

Ich möchte zu dem Teufelskreis etwas sagen, weil ich auch Kommunalpolitiker bin. Wir wissen, dass im Kommunalhaushalt – Sie müssen jetzt einen Moment konzentriert zuhören, weil ich keine entsprechende Grafik zeigen kann – steigende Transferleistungen zu verzeichnen sind. Dies führt zu sinkenden Zuführungen im Investitionshaushalt. Dies führt zu sinkenden Investitionen. Dies ist der öffentliche Bereich. Wie durch ein Wunder überschreiten wir jetzt die Grenze hin zur privaten Wirtschaft. Denn sinkende Investitionen bedeuten weniger Aufträge. Weniger Aufträge bedeuten weniger Arbeitsplätze. Weniger Arbeitsplätze bedeuten steigende Arbeitslosigkeit. Steigende Arbeitslosigkeit bedeutet höhere Transferleistungen. Jetzt ist dieser Teufelskreis geschlossen. (D)

(Ulrich Heinrich [FDP]: Das ist eine sozialdemokratische Logik!)

Wenn wir diesen Teufelskreis durchbrechen wollen, müssen wir in der Beschäftigungspolitik eine andere Orientierung finden. Wenn wir Ihre Frage 22 untersuchen, die sehr verräterisch darauf hindeutet, dass Sie kritisch gegenüber Beschäftigungsgesellschaften eingestellt sind und, dann stellt sich die Frage, ob Beschäftigungsgesellschaften eigentlich Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verhindern. Das Gegenteil ist aber der Fall. Der **erste Arbeitsmarkt** ist hoch subventioniert, grenzt Arbeit aus und schafft Arbeitslosigkeit. Der **zweite Arbeitsmarkt,** also der des staatlichen Engagements, ist hoch alimentiert, schafft Arbeitsplätze, aber nur als Übergangssystem und Notbehelf.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Sie haben es noch nicht verstanden!)

Ich möchte Ihnen gern ein System andeuten, das europaweit unter dem Stichwort **„das dritte System“** dargestellt wird.

Das dritte System umfasst **sozialwirtschaftlich arbeitende Betriebe,** die übrigens nicht Non-Profit-Betriebe, sondern Not-for-Profit-Betriebe heißen. Das Besondere

[1)] Anlage 17

Lothar Binding (Heidelberg)

(A) ist, dass diese Betriebe am Markt Gewinn machen wollen, um diese Gewinne vor dem Hintergrund der sozialen und sonstigen Leistungsdefizite ihrer Mitarbeiter für diese zu reinvestieren.

(Ulrich Heinrich [FDP]: Das sind lauter Gutmenschen! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Das sind Revolutionäre bei euch!)

Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie diesem Gedanken nicht folgen können; denn bei Ihnen wird die Profit-Orientierung ausschließlich unter privatrechtlichen und am Privaten orientierten Gesichtspunkten gesehen. Wir sagen, dass man bei Erzielung eines Gewinns hinsichtlich einer **Gemeinwohlorientierung** auch eine Verpflichtung hat. Deshalb ist es wichtig, dass im dritten System sozialwirtschaftliche Betriebe unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Ulrich Heinrich [FDP]: Vollkommener Quatsch!)

Das Besondere daran ist, dass genau diese Betriebe die von Ihnen genannten Anforderungen erfüllen, nämlich Steuern zahlen, Sozialabgaben leisten und damit das gesamtgesellschaftliche System stabilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das hinsichtlich einer Aufwärtsspirale am Arbeitsmarkt demonstrieren; denn beim Start dieses dritten Systems geht es um Eigeninitiative und vielleicht auch um Kredite oder Contracting. Wenn man dieses Mittel in (B) der Kommune einsetzt, erhält man erste kleine zusätzliche Aufträge, man hat erste kleine sinkende Arbeitslosenzahlen, damit einhergehend sinkende Transferkosten, eine – jetzt kommen wir wieder in den alten Kreislauf; nur in einer Aufwärtsspirale – steigende Zuführung zum Investitionshaushalt, steigende Investitionen, mehr Aufträge, mehr Arbeitsplätze, weiter sinkende Arbeitslosenzahlen, weiter sinkende Transferkosten usw.

Das Besondere dieses Vorschlags besteht darin, dass wir eine Verknüpfung zwischen Staat und Markt herstellen. Bei der Differenzierung zwischen **Staat** und **Markt** gehen wir eben nicht von Konkurrenzsystemen, sondern von Kooperation aus. Ich glaube, wenn wir die Daseinsvorsorge unter dem Gesichtspunkt der Kooperation zwischen Staat und Markt sehen – unter den eben vorgestellten Systemvoraussetzungen –, erhalten wir auch für Europa ein zukunftsfähiges Modell.

Der Begriff des dritten Systems ist in Europa sehr viel stärker etabliert als in Deutschland, weil bei uns offensichtlich noch die Sorge dominiert, dass dieses System den ersten Arbeitsmarkt zerstören könnte. Dieses traurige Ergebnis wird leider auch durch die vielen Fragen der FDP verstärkt. Deshalb zielen Sie in die falsche Richtung.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist unglaublich! – Ulrich Heinrich [FDP]: Das zieht einem ja die Schuhe aus!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich (C) schließe die Aussprache.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schade eigentlich!)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b sowie Zusatzpunkt 5 auf:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung

– zu dem Antrag der Abgeordneten Ulf Fink, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid). Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Prävention umfassend stärken

– Drucksachen 14/9224, 14/9085, 14/9701 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Helga Kühn-Mengel

b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verbesserung des Zuschusses zu ambulanten medizinischen Vorsorgeleistungen**

– Drucksache 14/9357 – (D)

(Erste Beratung 243. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

– Drucksache 14/9702 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Aribert Wolf

ZP 5 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dieter Thomae, Detlef Parr, Dr. Irmgard Schwaetzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion FDP

Für eine leistungsfähige und bezahlbare Gesundheitsversorgung

– Drucksachen 14/9054, 14/9703 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Martin Pfaff

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP vor.

Ich darf Ihnen sagen, dass von diesem Tagesordnungspunkt an alle Reden zu Protokoll gegeben werden sollen.[1)]

[1)] Anlagen 18 bis 27